



Ausschuss für Kultur und Medien

13. Sitzung (öffentlich)

7. Juni 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:00 Uhr bis 17:50 Uhr

Vorsitz: Oliver Keymis (GRÜNE)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Theater- und Orchesterpakt erneuern – Landesregierung soll Vielfalt der Theater- und Orchesterlandschaft in Nordrhein-Westfalen sicherstellen 3

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1992

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

* * *

Vorsitzender Oliver Keymis: Wir beginnen mit der 13. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am heutigen Donnerstag, dem 7. Juni 2018.

Ich rufe auf:

Theater- und Orchesterpakt erneuern – Landesregierung soll Vielfalt der Theater- und Orchesterlandschaft in Nordrhein-Westfalen sicherstellen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1992

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

Die Einladung zu dieser Sitzung ist Ihnen mit der Nummer E 17/342 bekanntgegeben worden. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass es drei schriftliche Stellungnahmen gibt, die auch ausliegen.

Ich begrüße alle anwesenden Sachverständigen und freue mich, dass Sie uns mit Ihrem Sachverstand hier zur Verfügung stehen. Ich begrüße auch die Mitarbeiter der Medien sowie des Kulturministeriums.

Als erster Rednerin erteile ich Frau Julia Wolff das Wort, die für uns Stellung zum Thema „Theater für Nordrhein-Westfalen“ nimmt. Wie sieht das aus Ihrer Sicht aus?

Julia Wolff (Schauspielerin): Ich bin seit 25 Jahren Schauspielerin an den verschiedensten Bühnen, an den Wuppertaler Bühnen schon seit vielen Jahren, seit etwa vier Jahren freischaffend, vorher immer in Festanstellung.

Ich hatte vor knapp zwei Jahren einen ganz schrecklichen Sportunfall, habe mir das Genick gebrochen und habe jetzt 80 % Schwerbehinderung. Ich habe eine – ich will Sie nicht mit Fachbegriffen bombardieren – sehr schwere Einschränkung, und ich habe nie damit gerechnet, dass ich wieder Theater spielen könnte. Doch mein ehemaliger Kollege ist Intendant geworden und hat mich gefragt, und auch das Schauspielhaus Bochum hatte mich damals für eine kleine Rolle angefragt.

Seit meiner Anfängerzeit hat mich die Ungerechtigkeit geplagt, dass Frauen immer weniger verdienen als Männer. Es ist nur im ersten Jahr gleich viel, eher gleich wenig, möchte ich sagen. Es sind jetzt 2.000 € brutto für Anfänger. Danach ist es immer Verhandlungsbasis, und da haben die Frauen immer weniger. Das finde ich ungerecht, und ich denke, es ist auch nicht zeitgemäß. Denn die Frauen arbeiten mindestens genauso viel.

Ich bin jetzt Alleinerziehend mit kleinem Kind, und in dem Beruf ist es schwierig, die Abendbetreuung zu gewährleisten. Es gibt eine Vorreiterin in Bonn, die Intendantin Nicola Bramkamp, die ein System entwickelt hat, dass die Abendbetreuung gefördert wird. Ich habe manchmal totalen Stress, wenn zum Beispiel meine Babysitterin absagt.

Meine Eltern sind schon sehr alt und leben in München. Sie können sich vorstellen, dass die paar Stunden, die man frei hat, damit draufgehen.

Als Schwerbehinderte bin ich auch nicht so gefragt. Ich habe das Glück, dass ich gefragt wurde, doch ich habe bisher auch nur einen Gastvertrag. Es ist sehr schwer, Gelder für so eine Stelle zu akquirieren. Sie bemühen sich alle. Das Staatstheater in Darmstadt hat zum Beispiel Samuel Koch, der im Rollstuhl sitzt und einen ähnlichen Unfall hatte wie ich. Ich glaube, da wäre viel zu machen. Ich denke, es ist auch gesellschaftlich relevant, auf der Bühne Menschen zu sehen, die vielleicht nicht perfekt sind, jedoch viel zu geben haben. Wenn man auf der Bühne einen Menschen mit Behinderung sieht, der aber etwas zu geben hat, dann hat man vielleicht die Möglichkeit, im wahren Leben ein bisschen mehr Toleranz zu lernen.

Vorsitzender Oliver Keymis: Vielen Dank für die persönliche und professionelle Einschätzung einer Schauspielerin, die mit den Umständen, wie Sie sie beschrieben haben, den Beruf ausübt. Im Blick auf das, was Theaterförderung leisten könnte, sind das sicher wichtige Hinweise, die Sie uns gegeben haben.

Lisa Jopt (Schauspielerin): Ich bin 35 Jahre alt und bin am Schauspielhaus Bochum Schauspielerin. Wir haben am Theater das Problem, dass viel Kunst in zu wenig Zeit, mit zu wenigen Leuten und mit zu wenig Geld produziert wird. Wir alle lieben Kunst, das Publikum liebt Kunst, die Zuschauerzahlen sind gut, aber wie es hergestellt wird, wissen die wenigsten.

Mein Tag sieht folgendermaßen aus: Morgens um 10 Uhr gehe ich zur Probe. Entweder esse ich mittags in der Kantine oder gehe um 14 Uhr nach Hause, kaufe ein, koche, lerne meinen Text. Am Nachmittag habe ich Probe oder spiele eine Vorstellung, bin dann meist bis 22 Uhr/22:30 Uhr am Theater. Ich mache das alles sehr gern. Ich habe ein Hochschulstudium, und das Verrückte ist, dass die Kollegen, die quasi meinen Schnürboden fahren oder mir noch schnell das Podest hinschieben – die haben kein Hochschulstudium –, alle nach der Tariftabelle des öffentlichen Dienstes einen geregelten Lohn bekommen. Da werden Frauen und Männer auch nicht ungleich bezahlt, weil das wegen der Tabelle nicht geht. Bei uns geht das, weil wir das alles frei verhandeln. Neben diesem Lohn bekommen diese Kollegen noch eine Theaterbetriebszulage, die sogenannte TBZ. Diese TBZ soll ein Ausgleich sein, damit die Kollegen, die im zweigeteilten Dienst am Theater arbeiten, was bei uns Standard ist, an Sonn- und Feiertagen nicht ungerechter behandelt werden als die anderen Kolleginnen im öffentlichen Dienst.

Ich bin in diesem Fall das letzte Glied der Nahrungskette. Es wird immer Kunst gefördert, aber es werden keine sozialen Standards berücksichtigt. Es gibt einen Intendanten in Oberhausen, Florian Fiedler, der gehört hat, was unsere Forderung ist, nämlich dass wir mit Hochschulstudium mindestens in der Entgeltstufe 9 sein sollten wie alle anderen Kolleginnen mit einem Hochschulstudium auch. In dieser Entgeltstufe liegen wir bei mindestens 2.500 € plus TBZ. Da kommen bis zu 22 % obendrauf.

Florian Fiedler hat das gehört und hat festgestellt: An meinem Theater wird meine Intendanten-Gage von meinem künstlerischen Etat abgehen. Daraufhin hat er auf 40.000 € Jahresgehalt verzichtet. Damals war die Gage noch 1.850 € – davon bleiben

ca. 1.100 € netto – im zweigeteilten Dienst bei einer 48-Stunden-Woche. Davon kann keiner leben, geschweige denn etwas zurücklegen, geschweige denn Kosten für den Babysitter für abends bezahlen. Am Theater sind viele Paare, Schauspieler, Dramaturgen, aber die Kosten für den Babysitter schröpfen die meisten absolut. Wenn man sich beispielsweise eine BahnCard 50 kaufen muss, ist das ein Monat, der schwierig ist. Es kann nicht oft genug betont werden, dass Florian Fiedler mit diesen 40.000 €, auf die er verzichtet hat, den Schauspielern, den Anfängern, den Assistenten 2.300 € bezahlt hat. Das ist eine Steigerung von 450 € brutto. So etwas gab es bisher noch nicht.

Ich bin heute hier, weil das Land Nordrhein-Westfalen eine Vorreiterrolle in der Kulturförderung hat, weil es die höchste Dichte an Theatern hat und weil das wunderbar ist, aber auch, um vielleicht eine Vorbildfunktion für andere Bundesländer einzunehmen. Denn wenn wir immer nur die Kunst fördern, protegieren wir damit die weitere Aushöhlung der Künstlerinnen. Seit der Wende – kann man grob sagen – haben 50 % weniger Leute 50 % mehr Arbeiten bei 50 % weniger Gehalt gemacht. Diesen Dreier kann man sich gut merken.

Wir sollten schon weiter exzellente Projekte fördern – verstehen Sie mich bitte nicht falsch –, aber es ist an der Zeit, für eine Gerechtigkeit zu sorgen, weil die Künstler dann wirklich zum Blühen kommen. Durch dieses Kleinhalten, wenige Jobs zu haben, nicht viel Geld zu haben, hat sich ein Selbstbewusstsein, ein Selbstverständnis der Künstler gleichzeitig minimiert. Es ist also im Prinzip eine doppelte Abwärtsspirale. Jeder macht es für noch weniger Geld.

Wir haben eine große Anzahl an fantastischen Künstlerinnen und Künstlern, die sich aber kaum wagen, den Mund aufzumachen. Doch das ist eigentlich das, was wir von Künstlern verlangen, dafür werden sie bezahlt. Es gibt Theater, um ein Spiegel der Gesellschaft mit geistig und körperlich kräftigen Persönlichkeiten zu sein.

Vorsitzender Oliver Keymis: Das war ein guter und dringender Appell mit einer sehr konkreten Beschreibung, auch mit einem sehr interessanten Beispiel aus Oberhausen.

Frau Wolff, Sie und auch Frau Jopt müssen früher gehen, um Ihre Arbeit noch zu tun. Daher werde ich jetzt eine erste Fragerunde eröffnen, damit Sie noch in der Lage sind, Fragen zu beantworten.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Die Situation der Schauspieler an den Schauspielhäusern war mir bekannt. Mir ist auch bekannt, dass sie im Gegensatz zu den Orchester-Leuten, für die es auch einen Tarif gibt, da sehr schlecht behandelt werden.

Nun stelle ich mir die Frage, ob der Antrag der SPD, für die Sie hier als Experten auftreten, Ihre Situation verbessern kann. Denn das Problem ist: Egal, welcher Stadt wir was und wie geben und solange nicht klar ist, dass das in die Gehälter derer fließen müsste, die dort schon beschäftigt sind, wird es Ihnen nicht helfen.

Ich habe gelesen, Bochum hat sich entschieden, das ganze Geld offensichtlich an das Schauspielhaus zu geben. Wenn es stimmt, was Herr Haltt von der FDP geschrieben hat, dann wird das Schauspielhaus mehr Geld bekommen, aber ob Sie davon etwas bekommen, sehe ich immer noch nicht. Wenn wir da helfen wollen, bräuchte es ganz

andere Anträge, und ob wir die im Kulturbereich entscheiden können oder ob es woanders passieren muss, weiß ich nicht. Denn ich bin kein Arbeitsrechtler.

Ich sehe nur, dass das eine gute Initiative ist. Ich verstehe auch das Ansinnen der SPD, aber Ihnen wird es definitiv nicht helfen können. Ich würde gern wissen, ob Sie das auch so empfinden wie ich es geschildert habe.

Lisa Jopt (Schauspielerin): Ich denke, dass man durch ein paar „knackige“ Formulierungen so etwas nach ethischen Richtlinien macht, dass man sich nach bestimmten Parametern orientiert, wer das bekommt. Bei Oberhausen muss man das nicht mehr untersuchen; da weiß man, dass das am Ende auf jeden Fall bei den Künstlern landet. Denn es gibt noch ganz viel Nachholbedarf. Wie man das genau formuliert, weiß ich nicht. Tatsächlich haben Sie recht, dass das bei den Künstlerinnen und bei den Regieassistenten landen muss. Doch wie man das macht, das ist – glaube ich – komplizierter, als ich das jetzt sagen könnte.

Vorsitzender Oliver Keymis: Sie haben es eben eindrücklich beschrieben. Es ist nicht dieser konkrete Antrag, sondern es müssen natürlich noch andere Dinge in Gang gesetzt werden.

Andreas Bialas (SPD): Wir haben eine Situation, dass wir im Grunde genommen bei der sehr lobenswerten zusätzlichen Förderung der Theater eine Grundfinanzierung haben, die auch bereits beschlossen worden ist. Das haben wir sofort gemacht, damit es nicht zu einem zeitlichen Verzug kommt. Was kommt dann in diesen Pakt oder in die Ausgestaltung des § 30 Kulturfördergesetz? Was fordern wir beispielsweise von den Städten gerade tariflich? Das wäre eine Frage, die noch in ein weiteres Gremium kommen würde.

Wesentlich ist, dass wir uns über die weiteren 10 Millionen € der Profilförderung unterhalten. Weil wir jetzt durchaus sagen können, wir geben alles wieder in eine Produktion von Ästhetik, also wir machen noch mehr Stücke, neue Stücke, experimentelle Stücke, der Intendant kann sich bewerben und einen Vorschlag machen, und es gibt eine Jury, die das auswählt, und dafür gibt es dann das Geld.

Oder man sagt, Profil kann durchaus etwas anderes sein, nämlich gesellschaftspolitische Ziele umzusetzen, gerade im Bereich einer Gender-Gerechtigkeit, Integration und Inklusion. Da ich auch nicht weiß, inwieweit es da Problemlagen in Nordrhein-Westfalen an den Theatern gibt, sollte es bei Problemen vor Ort Ansprechpartner geben, die möglicherweise im Zwischenmenschlichen auftauchen.

Die Frage geht an Frau Jopt und an Frau Wolff. Was wäre in ihrer Arbeits- und Lebenssituation noch nötig, zum Beispiel Familienfreundlichkeit, Festanstellung, Quote bei Menschen mit Handicap usw.? Es ist letztendlich die Frage, ob man dafür entsprechende finanzielle Mittel verwenden kann.

Julia Wolff (Schauspielerin): Eine richtige Antwort ist es nicht. Nach 15 Jahren Festanstellung an einem Stadttheater ist der Schauspieler, die Schauspielerin eigentlich

unkündbar, aber das wir immer aufgehoben. Ich rede nicht nur von Wuppertal, sondern auch vom Residenztheater in München, wo ich Freunde habe. Bei den Frauen wird immer gesagt: Wir würden Sie gern über die 15 Jahre hinaus behalten, aber nur wenn Sie auf die Unkündbarkeit verzichten. Manche Frauen mit Kindern gehen darauf ein, bevor sie gar keinen Job haben.

Herr Bialas, es wäre schon gut, wenn es über den Intendanten hinaus noch Ansprechpartner gäbe. Das war Ihre Frage?

(Andreas Bialas [SPD]: Beraterstellen! Beim Militär hat man den Wehrbeauftragten! Frau Grütters hat jetzt beim Film Beratungs- und Ansprechstellen eingerichtet!)

– Das fände ich gut. Denn viele Frauen trauen sich nicht.

Lisa Jopt (Schauspielerin): War wir definitiv bräuchten, ist Geld um den Gender Pay Gap auszugleichen. Viele Theater möchten den ausgleichen, aber es fehlt schlicht am schnöden Mammon. Es ist also nicht so, als hätten wir ungerechte Leitungen, sondern es kommt quasi auf den Euro an. Dafür braucht man Geld. Um fair zu produzieren, braucht man übrigens noch mehr Geld, und auch die Regisseurinnen und Regisseure und die Bühnenbildnerinnen und Bühnenbildner hängen an dieser Nahrungskette.

Das heißt, im Prinzip muss man Probenzeiträume verlängern. Das bedeutet, man könnte weniger Produktionen machen, dafür aber die Leute, die man anstellt, vernünftig und besser bezahlen. Wir brauchen ältere Schauspieler in den Ensembles. Wenn man junge, knackige Schauspieler sieht, und zwar sehr viele in einem Stück, am besten in einer Romanbearbeitung, und jeder spielt 80 Rollen, dann weiß man, das ist keine ästhetische Entscheidung gewesen, das ist nur ein ästhetischer Symptomträger einer anderen Ursache. Das hat mit Geld zu tun.

Ich möchte Ihnen sagen, dass ich fast ein Jahr gebraucht habe, um aus meinen Schulden herauszukommen. Ich war vorher beim Oldenburgischen Staatstheater – übrigens für 2.300 € – engagiert. Es hat ungefähr ein Dreivierteljahr gedauert, bis ich nicht mehr in den Schulden war. Ich bin eine 35-jährige Frau mit einem Hochschulstudium und möchte nicht im Winter meine Eltern fragen, ob sie mir mal Geld für eine dickere Jacke geben können. Ich bin eine Repräsentantin einer Stadt, in bin eine Repräsentantin von Literatur. Das Grundlegende, wo angesetzt werden muss, ist, dass das ganze künstlerische Personal auskömmlicher finanziert wird. Und das Geld landet übrigens wieder in den Kommunen by the way.

Vorsitzender Oliver Keymis: Das war die erste Runde. Wir fahren fort in der Anhörung. – Herr Bialas muss unbedingt noch einen Satz loswerden.

Andreas Bialas (SPD): Ich hatte eben schon ein Stück weit die Situation geschildert. Noch einmal: Wir begrüßen alle diesen entsprechenden Aufwuchs im Theater- und Orchesterpakt, der auch schon verabschiedet worden ist. Eine Anhörung findet normalerweise vor einer Verabschiedung statt. Es geht jetzt darum, welches notwendige

Begleitmaßnahmen wären oder inwieweit diese Profilbildung noch entsprechend finanziell ausgestattet werden sollte. Das heißt, es würde ungefähr die Hälfte unseres Antrags wegfallen, weil es schon umgesetzt ist.

Vorsitzender Oliver Keymis: Herr Dr. Fischer, Sie haben das Wort.

Dr. Gert Fischer (Dezernat für Bildung, Kultur und Sport Mönchengladbach): Warum hält man mich für einen Experten? Ich glaube, ich kann etwas zur Diskussion beitragen, weil ich einer von denen bin, die von Anfang an in der sogenannten Theaterkonferenz gesessen haben. Ich bin also in dieser Beziehung ein alter Fahrensmann, natürlich für die kommunale Bank. Deshalb kenne ich die Geschichte und kann das alles ein bisschen einordnen. Theatermäßig kann ich für Krefeld und Mönchengladbach sprechen. Wenn Sie beide Häuser addieren – wir haben ein Gemeinschaftstheater –, dann ist es das „sechstgrößte“ Theater in Nordrhein-Westfalen. Ich sitze auch im Vorstand des Deutschen Bühnenvereins Landesverband Mitte.

Mein kurzer Vortrag will sich an dem Antrag der Fraktion der SPD orientieren. Ich bin den Antrag durchgegangen und habe zu der einen oder anderen Stelle ein paar Anmerkungen zu machen.

Eine Aussage muss ich ein bisschen zurechtrücken, liebe Frau Jopt. Das Land Nordrhein-Westfalen ist, was die Unterstützung der kommunalen Theater durch das Land angeht – das sage ich völlig ohne Vorwurf; das hat etwas mit historischen Strukturen zu tun –, nicht vorbildlich, sondern steht am Ende der deutschen Rangliste. Das wird sich jetzt ändern. Ich glaube, das ist keine politische Schuld von irgendjemandem, sondern das hat etwas mit dem Gewicht der Städte in den letzten 20 Jahren zu tun. Deshalb ist es sehr gut, dass das Land uns jetzt hilft. Wenn man uns Kommunen an der Stelle hilft, dann hilft das automatisch auch den Theatern.

Wir Städte trauen unseren Intendanten, und alle diese schwierigen Dinge, die in Theater manchmal passieren, haben im Allgemeinen etwas damit zu tun, dass Theater keine Planungssicherheit haben und der Druck so groß ist, dass sie gar nicht versuchen können, ohne die eine oder andere sehr schwierige Maßnahme zu handeln. Vor dem Hintergrund ist am Ende – es ist immer hässlich, wenn man es so sagt – künstlerische Qualität doch eine Funktion von Geld, weil es um Leute geht, die man am Ende vielleicht schlecht bezahlt.

Ich bin der Landesregierung sehr dankbar, dass nicht nur der Etat erhöht worden ist, sondern man jetzt über fünf Jahre Planungssicherheit hat. Die Theater und die Städte wissen jetzt, was vom Land kommt, und man muss nicht jedes Jahr darauf schauen. Daher kann man vernünftige mittelfristige Finanzplanungen machen. Das ist fast noch wichtiger – ich übertreibe etwas – als die Höhe des zur Verfügung gestellten Zuschusses.

Ich gehe die Punkte durch.

Zu II. Der Landtag stellt fest:

Zu Punkt 1. Der Landtag stellt fest, der Theater- und Orchesterpakt hat in der Vergangenheit sicherlich etwas zur Bewahrung beigetragen. Ich will etwas Wasser in den

Wein gießen. Der Theater- und Orchesterpakt ist im Verlauf der Zeit nach seiner Gründung, was seine Wirksamkeit anbelangt, immer schwächer geworden, als wir uns das am Anfang auf die Fahnen geschrieben hatten in der Theaterkonferenz jenseits der Verbesserung der Finanzierung. Es hat – ich glaube, 2011 war die letzte Erhöhung – danach keine weitere Erhöhung gegeben. Die Schnittstelle zum Bildungsministerium ist nicht vernünftig abgearbeitet worden. Wir haben auch die Kommunalaufsicht nicht einheitlich in der Spur gehabt.

Das heißt, der Theater- und Orchesterpakt war gut, aber er hat am Ende nicht mehr funktioniert. Meine Bitte an die neue Landesregierung ist, diesen Pakt an dieser Stelle wiederzubeleben.

Zu Punkt 2. Hier geht es um die Erhöhung des Landesanteils. Da sollte es meines Erachtens nicht nur um die Sicherstellung des Erhalts gehen, sondern das Land muss ein bisschen mehr übernehmen als die bisher 5 %. Da ist man jetzt auf dem Weg. Aber es gehört in einen solchen Antrag, dass man sagt: Wir wollen als Land mehr der finanziellen Last tragen, die die Kommunen mit den Theatern haben.

Zu Punkt 3. Wenn ich darauf antworte, kann ich gleich drei weitere in der nächsten Position abarbeiten. Es ist immer schwierig, wenn der Geldgeber dem Theater sagt, man bekomme Geld, damit man dies, das oder jenes tut.

Ich komme zurück zu meiner Aussage: Ich traue den Intendanten. Wenn ein Theater nicht funktioniert, weil die künstlerische Qualität nicht stimmt, weil man mit seinen Leuten nicht vernünftig umgeht, weil die Zuschauerzahlen nicht stimmen, weil man sich bestimmten gesellschaftlichen Herausforderungen nie stellen würde, dann ist der Schlüssel nicht, dass das Land mit einer relativ kleinen Summe oder die Kommune mit einer großen Summe sagt, man müsse es jetzt so machen, sondern dann führt der Weg am Ende über das Leitungspersonal, das Zeitverträge hat.

Mein Rat wäre, Förderzusagen nicht mit zu präzisen Erwartungen zu verknüpfen, sondern es muss über das Leitungspersonal gehen. In der Vergangenheit hat sich der Dialog zwischen dem Land und der Theaterkonferenz sehr bewährt. Dort sitzen die Kommunen, die Intendanten und die kaufmännischen Geschäftsführer. Da muss man die inhaltlichen Dinge besprechen. Wenn man die Theater finanziell so ausstattet, dann werden die auch so handeln.

Zu III. Der Landtag beschließt:

Zu 1. Durch weitere Gelder sollen Zusatzaufgaben erfüllt werden. Ich glaube, das kann man anders formulieren. Herr Bialas hat es eben gesagt. Letztlich wird man über die zusätzlichen 10 Millionen €, über die noch nicht entschieden ist, in einen Dialog eintreten. Das wird am Ende das Land, die Kommission oder das Gremium entscheiden, das die Entscheidungen über diese Zusatzförderungen trifft. Da ist die Stellschraube, wenn man etwas tun will jenseits von „Ich gebe den Theatern genügend Geld und stärke die Intendanten“.

Zu 2. Von der jährlichen Überprüfung der Finanzierung halte ich nicht wirklich etwas. Man soll regelmäßig reden. Aber ein solches Modell, dass man sagen kann, man kann fünf Jahre weitersehen, und in jedem Jahr kommt etwas drauf, ist okay. Natürlich muss

man immer schauen, ob es noch reicht. Aber so ein langfristiges Thema halte ich für vernünftig. Dass wir seitens des Städtetags mit unserer Anregung, sich die Personalkosten hälftig zu teilen, nicht durchdringen konnten, war klar. Das hat etwas mit Geld und mit Politik zu tun. Sinnhaft bleibt es aber, und das wird auch unsere Position bleiben. Doch wir werden nicht versuchen, mit einem Land den Streit anzufangen, das eben doch eine Menge tut.

Zu 3. Kulturfördergesetz § 30. Fördervereinbarungen kann man machen. Da muss es viel mehr geben. Dafür setzt sich die Ministerin jetzt ein. Denn das, was zusätzlich an Geld kommt, ist daran geknüpft, dass man Fördervereinbarungen macht. Das war vorher nicht so. Es gibt nur drei oder vier Städte, die Fördervereinbarungen abgeschlossen haben. Ich halte es letztlich für den Königsweg, dass man es an dieser Stelle schafft.

Zu den Punkten 4., 5. und 6. Hier geht es um die drei Positionen Geschlechtergerechtigkeit, kulturelle Bildung, Inklusion. Das bestreite ich nicht. Aber hier führt der Weg, wenn man es mit Geld bewähren will, über diese Zusatzförderung.

Zu Punkt 7. Ich würde es begrüßen, wenn die Theater- und Orchesterkonferenz auch weiterhin regelmäßig tagt. Ich halte die Theater- und Orchesterkonferenz auch für demokratisch verortet. Die kommunalen Dezernenten kommen über den Kulturausschuss des Städtetags und sind in ihren Räten verortet, die Intendanten kommen über die Intendanten-Konferenz, die Orchestervertreter kommen über ihr Gremium, sodass das eigentlich das Gremium ist, das meiner Meinung nach fast ideal geeignet ist. Ich finde es aber auch gut, dass die Ministerin auf dem Weg zur Neuordnung der Finanzierung noch andere Wege gegangen ist.

Wir haben fast einmal eine Vollversammlung aller Theater in Düsseldorf gehabt. Das muss man vielleicht anreichern, aber ich würde immer dringend raten, an der Theater- und Orchesterkonferenz festzuhalten. Damit ist Punkt 8. erledigt, erarbeitet in einem dialogischen, transparenten und partizipativen Verfahren.

Zu Punkt 9. Wenn ich da etwas tun will, muss ich über die 10 Millionen € kommen. Dieser Sommer wird entscheiden, wie man es macht.

Zu Punkt 10. Was die freie Szene bei Orchestern und Theatern anbelangt, steht das Ministerium im Wort. Von der Ministerin ist gesagt worden, das mache man jetzt auch, aber man könne nur nacheinander arbeiten. Man habe jetzt den kommunalen Orchestern und Theatern geholfen, nun müsse man das andere machen. Das wird ein ungleich schwierigerer Prozess werden. Bei 18 Kommunen oder 25 Einheiten, wenn Sie Theater und Orchester auseinanderdividieren, kommt man leichter zu einem Konsens als bei einer bunt gemischten freien Szene, wie unser Land sie hat.

Ich bin auch sehr froh, dass dieses Ministerium sich dieser Aufgabe stellen wird und an dieser Stelle in dieselbe Richtung geht wie der SPD-Antrag.

Vorsitzender Oliver Keymis: Herr Dr. Fischer, Sie konnten nicht wissen, was wir in der vorherigen Sitzung, der 12. Öffentlichen Sitzung heute um 13:30 Uhr, schon erfahren haben. Die Ministerin hat nämlich das Konzept für die freie Theater- und Darstellende-Kunst-Szene schon vorgestellt, hat auch angeregt, dass man das auch für Musik

und andere Kunstrichtungen nehmen kann. Insofern ist das heute sozusagen im Ausschuss veröffentlicht, und wir haben es alle mit Interesse und – glaube ich – positiv zur Kenntnis nehmen können. – Noch eine Ergänzung von Frau Jopt.

Lisa Jopt (Schauspielerin): Ich finde, dass es eine gute Idee wäre, wenn in einer Theater- und Orchesterkonferenz auch ein paar Vertreter von Ensemble-Netzwerk wären, also die Leute, die auf der Bühne stehen, die Kostüme machen, die Bühnen machen und vielleicht die anderen Kreativen. Denn sind wir auch absolute Expertinnen. Das wollte ich gern ergänzen, damit das im Protokoll steht.

Robert Kuth (Geschäftsführender Direktor Deutscher Bühnenverein): Ich möchte beginnen mit einem Dank für die Erhöhung der Basisförderung durch das Kultusministerium. Das Geld ist natürlich vom Landtag bereitgestellt worden. Also gehört der Dank auch dem Landtag.

Wir haben gehört, dass insbesondere im Schauspielbereich nicht gut bezahlt wird. Damit ist dieses Geld, das jetzt zusätzlich zur Verfügung gestellt wird, gut angelegt, insbesondere dass die Forderung daran geknüpft ist, dass die Kommunen nicht gleichzeitig ihren Zuschuss kürzen oder auch anteilig kürzen dürfen, das ist schon sehr wichtig.

Es bedarf jedoch noch einer Klarstellung. Vorhin wurde gesagt, die Musiker hätten einen Tarifvertrag. Einen Tarifvertrag haben die Schauspieler auch, sowohl im TVK für die Musiker als auch im NV Bühne, der für die anderen gilt. In beiden Verträgen ist eine sogenannte Anpassungsklausel. Das bedeutet, wenn ver.di mit der VKA oder der TdL eine Tarifsteigerung vereinbart, wird diese aufgrund dieser Anpassungsklausel auch weitergegeben an Musiker und Schauspieler. Es ist also nicht so, als würden die irgendwie auf einem Gehalt festsitzen, und dann würde sich nichts mehr tun. Sollten von den Beteiligten größere Sprünge gemacht werden wollen, dann müssen sie mit dem Intendanten verhandeln, und wenn es keine Einigung gibt, müssten sie mal das Haus wechseln. Das ist nun einmal das Leben von Schauspielern und Sängern.

Der NV Bühne teilt sich in vier Teile.

Im NV Solo sind die Einzeldarsteller, sprich Schauspieler und Sänger, Dramaturgen, Inspizienten, Regieassistenten. Diese Leute haben nur einen Anspruch – und auch den erst seit 31. Mai – auf eine Mindestgage von 2.000 €. Ich wiederhole, damit sich das durchaus bei Ihnen festsetzt: Die Tarifsteigerungen des Öffentlichen Dienstes müssen immer weitergegeben werden. Das steht auch in dem Vertrag. Weitere Gehaltsfestzahlungen stehen nicht darin.

Der BTT ist für die Bühnentechniker, die überwiegend künstlerisch tätig sind, sprich Maskenbildner, Tonmeister, Gewandmeister etc. Da gilt grundsätzlich dasselbe; auch die haben nur die Mindestgage von 2.000 €, aber auch besagte Anpassungsklausel.

Es gibt natürlich auch Techniker, die nicht überwiegend künstlerisch tätig sind, zum Beispiel der normale Bühnenarbeiter. Der fällt nicht unter den NV Bühne, der fällt unter den TVöD und bekommt sein Gehalt nach TVöD. Es gibt jedoch sehr wohl Techniker,

insbesondere in kleinen Häusern, die schlecht zahlen, die sogar besser bezahlt werden als die nach BTT, die eigentlich den Anspruch hätten, deutlich besser bezahlt zu werden. Doch wenn kein Geld da ist, kann es auch nicht verteilt werden.

Der vierte Teil sind die Chorleute. Den Chorleuten geht es deutlich besser. Die haben diese Mindestgage von 2.537 €, und zwar nur, wenn sie in einem kleinen Haus sind. Da gibt es tatsächlich eine Gehaltsliste, wie viel der Einzelne bekommt. Das gleiche gilt auch für die Gruppentänzer. Es gibt jedoch auch Häuser, wo der kleine Trick angewandt worden ist, dass man Leute als Solotänzer eingestellt hat, die jetzt unter den NV Solo fallen. Man hat dann deutlich weniger gezahlt als das, was die Gruppentänzer bekommen. Das gibt es nach meinem Wissensstand in NRW nicht mehr.

Klaus Hebborn (Städtetag Nordrhein-Westfalen): Ich will eine Vorbemerkung machen. Ich habe einen beruflichen Zugang zu dem Thema, habe aber auch einen privatpersönlichen Zugang. Der berufliche Zugang ist, dass ich als Städtetagkulturdezernent im Idealfall dafür sorgen soll, dass die Bedingungen für kommunale Kulturpolitik und Kunstermöglichung möglichst gut sind. Der privatpersönliche Zugang ist, dass unser 32-jähriger Sohn freier Regisseur ist und zurzeit versucht, in diesem System Theater Fuß zu fassen. Insofern bekomme ich das, was die beiden Schauspielerinnen gesagt haben, von dieser Seite sehr genau mit. Ich bekomme auch mit, wie die Bedingungen für künstlerische Arbeit sind, vor allen Dingen für junge Leute, die versuchen, in irgendeiner Form Fuß zu fassen.

Wir begrüßen es sehr, dass jetzt wieder eine konkrete Bewegung in das Thema gekommen ist und kommt. Wir haben seit 2010 als Städtetag mit den Kulturdezernentinnen und -dezernenten in unserem Verband für dieses Thema „Verbesserung der Theater- und Orchesterförderung“ sehr gekämpft. Ich erinnere daran, damals waren viele Theater bedroht. Es gab insbesondere die Schließung des Wuppertaler Schauspielhauses.

(Andreas Bialas [SPD]: Nur des Hauses!)

Es gab Hagen, was heute immer noch in großen Schwierigkeiten ist. Es gab damals auch Schwierigkeiten in Oberhausen und auch bei anderen Theatern. Aus dieser Situation ist das Thema entstanden, und seitdem kämpfen wir dafür. Es hat auf der Strecke bis heute eine Erhöhung von 4,5 Millionen € gegeben, die auch in dem Antrag der SPD-Fraktion erwähnt wird. Heute müssen wir sagen, das ist durch die seitherigen Tarifsteigerungen eigentlich schon wieder futsch. Insofern sind wir jetzt an einem Punkt, der nicht besser ist als zu dieser Zeit.

Von daher ist es sehr positiv. Das will ich ausdrücklich sagen. Ich schließe mich auch dem Dank meines Vorredners an Politik und Landesregierung ausdrücklich an. Wir denken, es ist ein ganz wichtiger Schritt, den wir außerordentlich begrüßen. 30 Millionen € in dieser Legislaturperiode ist schon eine Ansage, mit der man etwas tun kann.

Wir begrüßen auch ausdrücklich die Zuteilung dieser zusätzlichen Förderung, weil wir immer sagen, es geht um beides, um Stabilisierung, aber auch um Weiterentwicklung. Wir sehen die Basisförderung eher als stabilisierendes Element und die Projektförderung – wie auch immer man die dann nennt – als Instrument, um Weiterentwicklung zu fördern.

Wir haben Ihnen im Vorfeld eine schriftliche Stellungnahme zur Verfügung gestellt. Insofern möchte ich noch auf zwei Punkte hinweisen.

Erster Punkt. So wichtig es ist, dass das künstlerische Potenzial und die Entwicklung von Theatern und Orchestern gestärkt werden, treten wir sehr dafür ein, dass sich das Verhältnis von Landesförderung und kommunaler Förderung in Bezug auf die Gesamtkosten von Theatern und Orchestern ändert. Wir haben jetzt einen 5%igen Landesanteil, und der Rest wird durch die Kommunen finanziert. Wenn man das in einem Ländervergleich sieht – Herr Dr. Fischer hat das schon angesprochen – steht NRW am letzten Platz. Der Durchschnitt liegt bei etwa 25 % bis 30 %. Deshalb haben wir als Städtetag auch eine klare Beschlusslage: Wir wollen mittelfristig auf einen 20%-Anteil des Landes kommen. Wenn man diese Operation, die hier jetzt ansteht, durchführt, landet man bei etwa 9 %. Das bedeutet, dass 2022 nicht das Ende der Fahnenstange sein darf, sondern es muss weitergehen. Wenn wir dann noch eine Legislaturperiode ähnlich verfahren, dann sind wir ungefähr bei den 20 %.

Um Missverständnissen vorzubeugen, ich rede jetzt nicht einer Kürzung kommunaler Zuschüsse das Wort. Darum geht es überhaupt nicht. Ich bin sehr dafür und sage das hier auch sehr klar. In den Fördervereinbarungen, die jetzt geschlossen werden sollen, dürfen keine Substituierungen stattfinden, also das Land gibt etwas mehr und die Kommunen geben weniger, sondern es geht darum: Wie verteilen wir die in den nächsten Jahren absehbaren zusätzlichen Kosten, die auf die Theater und Orchester zukommen? Nur da wollen wir die unterschiedlichen Verhältnisse. Wenn man das durchrechnet, dann landet man eben auch bei einer Veränderung dieses Verhältnisses zwischen der Förderung der Landesregierung und der kommunalen Anteile

Zweiter Punkt. Es hat im Vorfeld eine intensive Zusammenarbeit mit dem Ministerium gegeben. Wir haben sehr intensiv diskutiert, welche Grundlage für die Verteilung wir jetzt nehmen. Nehmen wir die Betriebskosten oder nehmen wir die Personalkosten? Man muss klar sagen, das ideale und absolut gerechte System gibt es nicht. Aber die Personalkosten bilden im Endeffekt die Verhältnisse gerechter ab als es die Betriebskosten tun, weil wir festgestellt haben, die Betriebskosten werden doch sehr unterschiedlich mit Kostenposten versehen, sodass sich manches ziemlich hochrechnen könnte und es dann Verwerfungen gibt.

Anknüpfend an Herrn Dr. Fischer will ich als kommunaler Vertreter sagen: Wir möchten nicht, dass wir hier langfristig nur über Stadttheater und kommunale Orchester reden, sondern wir plädieren als Kommunen ausdrücklich dafür, dass wir die gesamte Szene in den Blick nehmen. Das sind nicht nur die freien Theater – die aber auf jeden Fall –, sondern auch die sogenannten Beispiel-Theater, also die in den kreisangehörigen Gemeinden bestehenden Theater, die kein eigenes Ensemble haben, an die sich quasi Produktionen einkaufen vom Kultursekretariat in Gütersloh oder von den vier Landestheatern. Es ist keine Stadttheaterlandschaft, sondern es ist eine Theaterlandschaft in Nordrhein-Westfalen, die aus verschiedenen Säulen besteht. Insofern begrüßen wir sehr, dass es in diese Richtung Bewegung gibt.

Vorsitzender Oliver Keymis: Gibt es von den Ausschussmitgliedern Rückfragen zu den Aussagen von Herrn Hebborn?

Andreas Bialas (SPD): Sie haben gesagt, die Landesförderung kann letztendlich kein Ersatz dafür sein, dass sich die Städte den Betrag dann sparen, wohl aber für den zukünftigen Bereich ein Stück weit die Problemlagen schmälern können. Wir reden da über Tarifentwicklungen der nächsten Jahre, die zu erwarten sind. Die fallen ja nicht vom Himmel, die kommen. Inwieweit wäre es sinnvoll, über eine Pakt-Situation § 30 Kulturfördergesetz zu sagen: Wir geben das Geld, wenn ihr euch auch entsprechend darauf einigt, anteilig Tarifentwicklungen mitzugehen, zu sichern, dass in den nächsten Jahren niemand entlassen wird, dass es mit den Bereichen nicht runtergeht. Das wäre schon ein bisschen mehr. Es ist jetzt kein Ausgleich für das jetzige Geld. Aber wenn in den nächsten Jahren mehr Geld kommt, wäre es schön, wenn die Kommunen, obwohl sie große Schwierigkeiten haben, mitgehen.

Wir haben immer gesagt: Ja, die Finanzierung der Bühnen über den Kulturhaushalt ist die eine Seite der Medaille. Die zweite Seite der Medaille sind insgesamt die Kommunalfinanzen. Wie war da die Entwicklung in den letzten Jahren, und wie wird die Entwicklung in den nächsten Jahren sein muss? Den ohne den großen Batzen über die Kommunalfinanzen wird es vermutlich für die Häuser auch schwierig.

Klaus Hebborn (Städtetag Nordrhein-Westfalen): Die Frage der kommunalen Gesamtfinanzierung ist natürlich ein großes Fass. Ich denke, wir haben bei dieser Runde eine wesentliche Veränderung gegenüber früher vorgenommen. Bei der Erhöhung 2013 hatten wir einen Faktor für die haushaltsschwachen Kommunen eingebaut. Das ist jetzt raus, weil es den Stärkungspakt gibt und man nicht sagen kann, bei jeder Sparte berücksichtigt man besondere kommunale Bedürftigkeit, sondern das regelt man über die „großen Baustellen“, also über den Stärkungspakt und über das GFG. Im Moment haben wir im GFG relativ viel Geld, was die Verbundmasse angeht, sogar eine Rekordsumme, was natürlich der guten Konjunktur geschuldet ist.

Ich glaube, da sind wir auf einem guten Weg, sodass ich davon ausgehe, dass die Aufwüchse, die in den nächsten Jahren entstehen, auch in den Kommunen dazu führen, dass sie unterm Strich auch mehr Geld für ihre Theater ausgeben und ausgeben müssen. Wenn man in den TVöD schaut, haben wir summiert 7 %. Das ist eine Menge Geld, die man allein mit dem Landesgeld gar nicht wird bestreiten können.

Wenn das Land jetzt zur Bedingung macht, dass die Zuschüsse nicht gekürzt werden dürfen, befürworten wir das. Wenn das Land jedoch sagt, man bekäme das Geld nur, wenn auch alle Tarifierhöhungen noch übernommen würden, dann ist das in der Summe wesentlich mehr als wir überhaupt vom Land bekommen.

(Andreas Bialas [SPD]: Anteilig, nicht komplett!)

– Anteilig ist okay. Wir sagen, ein Teil dieser Erhöhungen muss auch durch das Mehr an Landesgeld bewerkstelligt werden können, aber nicht nur. Denn würde man diese beiden Forderungen erheben, dann würde sich im Verhältnis 5:95 nichts ändern.

Deshalb sagen wir: Ja, keine Kürzungen, aber was die Aufwüchse anbetrifft, muss dafür vor Ort mindestens ein Teil – das muss in den Fördervereinbarungen jeweils vereinbart werden – für diese Aufwüchse verwendet werden können. Man kann das noch für einzelne Einrichtungen rechnen. Ich glaube, das würde jetzt zu weit führen.

Das ist der Grundsatz. Deshalb ist meine Botschaft: Es muss sich auch etwas an den Verhältnissen ändern, weil wir sonst gerade in den haushaltsschwächeren Kommunen immer wieder das Problem haben, das Theater würde infrage stehen und mit massiven Einschränkungen konfrontiert werden.

Lorenz Deutsch (FDP): Sehen Sie dadurch, dass der größere Teil der Aufwüchse in diesem Jahr vollständig und in den nächsten Jahren der größere Teil in die Basisförderung gehen soll, nicht diese Forderung ein Stück weit erfüllt, dass durch Tarifabschlüsse steigende Personalkosten im Rahmen dieser Basisförderung mit abgedeckt werden können?

Klaus Hebborn (Städtetag Nordrhein-Westfalen): Das sehe ich so, aber dann müssen wir das auch dürfen. Bevor das öffentlich verkündet worden ist, hat das Ministerium immer gesagt: Ihr bekommt das Geld nur unter zwei Bedingungen, erstens ihr kürzt eure eigenen Zuschüsse, also den Status Quo, nicht – das ist vollkommen okay, wie ich schon mehrfach gesagt habe – und zweitens verpflichtet ihr euch, auch künftig alle Tarifkostensteigerungen zu übernehmen. Dann wäre das Geld des Landes quasi on top gekommen. Die Arbeitssituation der Theater hätte sich zwar sehr verbessert, doch wir hätten an den Verhältnissen nichts verändert. Das muss man dann jeweils örtlich auszutarieren, weil die Städte unterschiedlich mit der Frage umgehen, ob sie Tarifkosten übernehmen oder nicht.

Wir sagen, zumindest teilweise muss dieser Aufwuchs auch durch das zusätzliche Landesgeld bewerkstelligt werden können. Das wäre auch in Ihrem Sinne mit dieser Förderung sehr gut zu machen und würde den Theatern und den kommunalen Trägern sehr helfen. Das ist eine sehr positive Maßnahme. Gestern hatten wir eine Verbands-sitzung und eine Vorstandssitzung, und ich habe mit dem Oberbürgermeister von Wuppertal gesprochen. Der hat gesagt: Dieses Landesgeld hilft uns sehr und rettet uns auch ein bisschen, was die Tarifkosten anbetrifft.

Vorsitzender Oliver Keymis: Herr Deutsch hat noch eine Nachfrage zu dem Punkt.

Lorenz Deutsch (FDP): Haben Sie eine Schlüsselvorstellung, wie man das lösen kann? Sie haben gesagt, das muss man unterschiedlich ansehen. Vielleicht gibt es Richtwerte. Denn die Idee dieser Durchsage vom Land ist, wenn sich jetzt die Kommunen aus der Tarifsteigerung herausziehen würden, dann hätte man den umgekehrten Effekt eines – ich nenne es mal so – sich Herausschleichens aus Finanzierungen.

Klaus Hebborn (Städtetag Nordrhein-Westfalen): Wir hatten einen relativ einfaches Modell; „halbe-halbe“ haben wir es genannt. Wir haben gesagt, bei den Tarifkostensteigerungen, die jetzt kommen, machen wir halbe-halbe, also die Hälfte durch Landesgeld und die Hälfte durch kommunales Geld. Wenn man das on top auf die Basisförderung hinzurechnet, erhöht sich der Landesanteil bis 2022 auf ca. 9 %, und fünf Jahre weiter wären wir dann ungefähr bei 20 %, nur über dieses System. Das wäre ein gutes Modell, um es landesweit umzusetzen.

Reinhard Knoll (Kulturrat NRW): Ich werde versuchen, nicht alles zu wiederholen, was meine Vorrednerinnen und Vorredner hier schon gesagt haben. Ich habe nachgeschaut, ob es irgendwelche Punkte gibt, bei denen ich anderer Meinung bin, habe bisher jedoch keine festgestellt. Ich bin für den Kulturrat hier. Da ich aber auch im Landesmusikrat aktiv bin, kenne ich also auch die Seite der Musik vom Musikrat her relativ gut. Da ich studierter Musiker bin, unter anderem Geige studiert habe und einige Zeit freiberuflich in Orchestern tätig war, kenne ich es auch von der Basis aus.

Der Kulturrat findet es natürlich auch toll, dass Politik und Verwaltung diesen Aufwuchs beschlossen haben und jetzt anpacken. Ich möchte in diesem grundsätzlichen Zusammenhang darauf hinweisen, dass mir in manchen Gesprächen mit Politikerinnen und Politikern, aber auch mit Leuten aus der Verwaltung – Anwesende sind immer ausgenommen – aufgefallen ist, dass vieles, was die Programmgestalter vor allem bei Orchestern und zum Teil bei Theatern im Kopf haben, weit weg von der derzeitigen Wirklichkeit ist. Wer sich ansieht, was in Programmen von Orchestern und auch in Theatern abläuft, der sieht, dass es kein musealer Betrieb ist, sondern – auch wenn es sich um Kulturgüter handelt – es etwas sehr Aktuelles ist und es überhaupt nicht so ist, dass diese etablierte Orchester- und Theaterlandschaft veraltet und verstaubt ist. Auch empfehle ich immer, deutlich hinzusehen, wie viele Vermittlungsangebote, was auch immer man im weiteren Sinn darunter versteht, von diesen Institutionen geleistet werden, nicht, weil sie dazu verpflichtet sind – zumindest meistens nicht –, sondern weil es wirklich eine Analyse der Gegenwart und eine Analyse dessen ist, was wichtig und zukunftsbedeutsam ist.

Im Grundsatzbereich noch einmal den Blick darauf gerichtet, dass über 80 % des Kulturlebens von Nordrhein-Westfalen von den Kommunen geleistet werden. Insofern ist es aus unserer Sicht ein begrüßenswerter Schritt, dass nicht nur bei den Theatern und Orchestern, aber im heutigen Zusammenhang das Land gesagt hat, da müsse sich eine andere Partnerschaft entwickeln. Die Betonung liegt aus meiner Sicht auf „entwickeln“. Denn selbst wenn das alles passiert ist, wird Nordrhein-Westfalen mit verbesserten Prozentpunkten immer noch im Bereich der Theater- und Orchesterförderung bundesweit ziemlich weit unten stehen. Das mag zum Teil der Tatsache geschuldet sein, dass das Land Nordrhein-Westfalen wirklich ein Land der Städte und Kommunen ist und von daher bestimmte Dinge anders entwickelt sind. Trotzdem sind wir der Meinung, dass diese Entwicklung grundsätzlich wichtig ist, dass Stadt und Land hier eine andere Partnerschaft weiterentwickeln.

Gern verstärke ich, dass diese Berechnungsgrundlage der Personalkosten auch aus den Gesprächen im Kulturrat die verlässlichste Grundlage ist, um entsprechend die Fortentwicklung des Haushalts zu betreiben. Alles andere würde nach unserer Auffassung zu großen Problemen führen. Ich nehme noch nicht genannte Städte, die gerade über Jahre hinweg riesige Investitionen leisten. Dann hätten wir plötzlich andere Betriebskosten als bei anderen Häusern. Da kommt es also sehr schnell zu Ungleichheiten, die man in so einem grundsätzlichen System kaum und schlecht erfassen kann.

Also: Ja, unserer Meinung nach ist die Grundlage der Personalkosten eine wichtige Grundlage. Es muss gesichert sein, wie Tariferhöhungen vernünftig vereinbart werden. Der Rest – Herr Kuth hat zu Recht darauf hingewiesen – ist in Tarifverträgen geregelt,

und wenn man die grundsätzlich verändern und weiterentwickeln will, muss man an anderer Stelle intensiv arbeiten. Wir würden von uns aus gern Mut machen. Obwohl ich Musiker bin, würde ich besonders gern den Mut für die Theater anmahnen.

Das Element der Profildförderung finden wir als zweites Element in der Diskussion des Kulturrats, ein wichtiges Element, das verschiedene Dinge erreichen kann. Es kann Profile schärfen, es kann Häusern helfen, überregionale Wahrnehmungen zu schärfen, es kann zum Teil auch Alleinstellungsmerkmale entwickeln, aber wir finden es wichtig, dass es partizipativ mit den entsprechenden Einrichtungen oder auch Vertretungen entwickelt wird. Wir glauben nicht, dass das Top-down funktioniert, sondern man da wirklich mit den Kompetenzen und den Verantwortlichkeiten vor Ort am besten weiterkommt, um das verantwortlich zu entwickeln.

Insofern ist das, was im Kulturfördergesetz immer wieder als Begriff auftaucht, nämlich partizipative Prozesse, möglicherweise etwas erweitert zu dem, was wir als partizipative Prozesse sowieso handhaben, auch unter stärkerer Einbeziehung von Praktikern. Nichts gegen die Intendanten – die haben sehr viel Verantwortungsbewusstsein –, aber gelegentlich ist aus der Diskussion im Kulturrat es schon wichtig, auch die Praktiker in solche Prozesse einzubeziehen.

Also: Profil schärfen, ja. Aber das Ganze ist aus unserer Sicht ein Anfang eines Prozesses. So gern wir loben, dass mehr Geld in die Hand genommen wird, solange jammern wir auch gern, dass dieser Prozess unbedingt in der Zukunft fortgesetzt und vergrößert werden müsste. Ich habe an der Stelle ein bisschen die Rolle des Buhmanns. Es wäre schön, wenn noch eine null dazu käme. Ich weiß, das ist Utopie. Wir denken, dass das, was die Kommunen anteilig in ihren Haushalten für Kultur leisten – das sind etwas über 3 %; ich kenne den genauen statistischen Durchschnitt im Augenblick nicht –, stünde dem Land auch gut an. Jeder kann sich 3 % vom Gesamthaushalt ausrechnen.

Abschließend noch der verstärkte Hinweis auf die freie Szene. Wir haben in der vorherigen Ausschusssitzung gehört, freie Szene in der Definition im Blickwinkel in geöffneter Form begrüßt der Kulturrat sehr. Das kann das Element sein, dass man sich Gruppierungen oder Einrichtungen ansieht, das kann aber auch das Element sein, dass man sich einzelne Künstlerinnen und Künstler ansieht. Die freie Szene in diesem offeneren Sinn ist, glaube ich, längst ein Partner der kommunalen Theater und Orchester. Diese Partnerschaft kann nur gestärkt werden und sich nur weiterentwickeln, wenn das, was jetzt angefangen ist, möglichst schnell weitergeführt wird.

Ich sage immer salopp: Die freie Szene ist auch hungerleidend. Denen jetzt zu sagen, noch ein Jahr zu warten, bis wir in „die Pötte“ kommen, empfinde ich als ein bisschen zu langsam. Es ist eigentlich zügiger in Angriff genommen. Wir im Kulturrat hoffen, dass es jetzt wirklich schnell kommt. Wir halten den zweiten Bestandteil des Förderkonzepts für ganz wichtig auch im Zusammenhang mit Theatern oder Orchestern.

Michael Schmitz-Aufferbeck (Generalintendant des Theaters Aachen und Sprecher der Ständigen Konferenz der Intendanten in NRW): Wir sind sehr erfreut über das, was sich getan hat oder was sich tut. Wir haben sehr lange auf diesen Moment

gewartet, wo Theaterfinanzierung in einer dynamisierten Form begonnen wird. Der Prozess geht sehr lange zurück.

Ich kann mich erinnern an eine Diskussion in Oberhausen in einer sehr schwierigen Zeit, in der einige Häuser wirklich in größten Schwierigkeiten waren. Herr Grosse-Brockhoff hat damals dieses Wort vom Theaterpakt geprägt. Ich glaube, ihm war damals nicht ganz klar, was er damit auslöst, und war später auch überrascht. Es gab dann sehr schnell im Verbund mit dem Städtetag die Idee einer 20%igen Förderung durch das Land, natürlich damals schon im Vergleich mit anderen Bundesländern. Im letzten Sommer hat sich der Städtetag die Mühe gemacht und hat wirklich aus verschiedensten statistischen Blickwinkeln aufgeführt, dass NRW das absolute Schlusslicht ist.

Uns hat sehr gut getan, dass die Ministerin in der Landespressekonferenz mit der Historie abgeschlossen und gesagt hat: Ja, es stimmt, es hat historische Gründe, warum in NRW anders gefördert wird als in anderen Bundesländern. Aber diese Historie stimmt längst nicht mehr. Es gibt nicht mehr die reichen Städte in NRW. Es gibt immer noch ganz viele Städte, die in einer prekären Situation und immer nah am Nothaushalt sind. Wir in Aachen versuchen immer, knapp daran vorbei zu schrammen. Das bedeutet auch immer etwas für die freiwilligen Leistungen, zum Beispiel die Rücklagen aufzubrauchen etc.

Da Herr Fischer schon viel genannt hat, was alles passiert ist, will ich nicht alles wiederholen. Wir haben uns damals sehr gefreut, dass 2010 nach der Wahl Frau Schäfer das Thema sehr intensiv angepackt hat. 2011 kamen auch schon die 4,5 Millionen €. Allerdings war die Schwierigkeit, als der Theaterpakt als Papier kam, und diese Entwicklung dieses Papiers hat unendlich lange gedauert. Ich glaube, es gab große Schwierigkeiten in den Diskussionen mit dem Innenministerium und mit dem Finanzministerium, bis man zu einem Ergebnis kam. Als dieses Papier vorlag, war dieses Papier nicht mehr dazu angetan, mit den Kommunen auf Augenhöhe zu diskutieren. Deshalb gibt es bisher auch nur wenige Abschlüsse.

Es war die Idee des Städtetags, mit den Theatern zusammen eine Finanzierung zu entwickeln, die jedes Jahr wächst. Mit den Ausgaben der Kommunen wachsen auch die Ausgaben des Landes, und da gibt es jetzt die Möglichkeit. Das zielt auf die Frage, die es eben gab, was diese Finanzierung leisten kann. Ich glaube, das Allerwichtigste, was diese Finanzierung nicht leisten soll: Sie soll nicht Löcher schließen, die neu gerissen werden. Da wird es im Übergang bestimmt noch Fälle geben, die nicht ganz klar sind. Wichtig ist, dass die Mittel, die es jetzt vom Land gibt, nicht dazu benutzt werden dürfen, jetzt Löcher, die durch Zuschuss-Senkungen oder durch Streichungen entstehen.

Was die Tarifierhöhungen auch in Zukunft angeht, sind wir Intendanten ähnlicher Meinung wie der Städtetag, dass es nichts bringt, sich dem grundsätzlich zu verweigern. Denn dann wird dieses Verhältnis zwischen Landeszuschuss und kommunalem Zuschuss immer gleich bleiben, und wir werden auch nicht zu Ergebnissen kommen. Da ist der paritätische Aufwuchs der Mittel das beste Mittel. Das ist aber erst dadurch gegeben, dass es in diesem neuen Vorschlag der Landesregierung wirklich geplant ist, die Mittel quasi jährlich anzupassen.

Die Ministerin hat auch gesagt, es soll 2022 nicht enden, sondern weitergeführt werden. Auch wenn sich die politischen Verhältnisse ändern sollten – was man nie weiß –, würden wir uns sehr wünschen, dass alle Parteien bereit wären, diesen Aufwuchs weiterhin zu gestatten. Zunächst geht es nicht darum, grundsätzlich mehr Geld zu haben, es geht darum, die Leistungen, die wir jetzt erbringen, bei steigenden Kosten auch weiter erbringen zu können.

Wenn ich das mal für die Sachhaushalte beschreibe, dann muss ich für unser Theater sagen, dass sich die Leistungen für Sachmittel – ich bin seit 2005 Intendant in Aachen – nicht verändert haben. Die Leistungen im Bereich der Teams, Regisseure und Bühnenbildner etc., haben sich nicht verändert. Wir haben steigende Tarifvereinbarungen mit den NV-Solo-Verträgen, die sehr gerechtfertigt sind, aber die Mittel haben sich eigentlich nicht verändert. Das heißt, man steht immer mit dem Rücken an der Wand, man schmilzt immer mehr Personal ab, hat aber letztlich nicht das Geld dazu, entsprechende Gagen zu zahlen.

Es ist schade, dass die Vertreterinnen des Ensemble-Netzwerks nicht mehr hier sind. Denn ich finde, das Ensemble-Netzwerk ist für uns eine Unterstützung, es ist keine Konkurrenz. Ich muss sagen, in dem Moment, in dem das Ensemble-Netzwerk auftaucht, habe ich aufgetatmet. Denn wenn wir früher als Intendanten gesagt haben, die Künstler lebten in prekären Verhältnissen, war das immer so, als würde der Intendant sagen, er lebe in prekären Verhältnissen.

Wichtig ist, dass sich da etwas ändert. Ich denke, dass der Mittelaufwuchs, der jetzt kommt – ich glaube, ich kann für viele Kollegen sprechen – zum großen Teil da landen wird. Denn uns geht es nicht darum, wenn es mehr Mittel gibt, mehr Veranstaltungen zu machen. Ich glaube, wir haben aus vielen anderen Gründen eher Veranstaltungen reduziert, weil wir gesehen haben, dass die Überforderung in allen Bereich gewachsen ist. Wir haben in den letzten Jahren zum Beispiel Produktionen gestrichen, nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern weil es nicht geht, dass ein Schauspieler sechs Produktionen hintereinander macht. Da muss es Grenzen geben. Ich finde auch richtig, dass man genau darauf schaut, ob das wirklich passiert und es keine schwarzen Schafe gibt.

Wir finden sehr wichtig, dass die Gehälter für Künstler und Künstlerinnen am Theater steigen. Das Beispiel war Oberhausen. Es ist für ein reines Schauspielhaus ein bisschen einfacher als für ein Mehrspartenhaus, weil es da noch viel mehr prekäre Jobs gibt. Es gibt neben den Regieassistenten noch Korrepetitoren, also Assistenten etc. und im musikalischen Bereich sehr viel mehr junge Künstler. An einigen Häusern sehe ich, dass Männer und Frauen ungleich bezahlt werden. Bei uns gibt es das nicht, aber das gibt es bestimmt noch. Das kann jedoch nicht das Ziel sein. Ich glaube, die Debatte ist gut, dass sich das verändern muss, wo es noch so ist. Insofern begrüßen wir außerordentlich diese Mittelsteigerung. Wir stehen weiter zu dieser Forderung von 20%igen Erhöhungen der Zuschüsse, wissen aber auch, dass das nicht mit einem Schritt erreichbar ist und wären froh, wenn es in diese Richtung geht.

Ein Problem – das will ich nicht verschweigen – bei der Bezuschussung gibt es noch. Der Grundsockel, der vor der Förderung von 4,5 Millionen € von 2011 existierte, ist nach Prämissen geschaffen worden, die niemand mehr wirklich kennt. Dadurch gibt es in der Grundförderung extreme Unterschiede. Das spielt sich ab zwischen 2,8 %

und 15 % oder fast 18 %. Nun liegen die 18 % nicht bei großen Häusern, sondern eher bei Häusern wie beispielsweise Moers. Man hat sich zu Recht dafür entschieden, den Grundsockel nicht zu verändern, weil er jetzt auch Verlierer produzieren würde.

An der untersten Grenze liegen auch Häuser, die momentan durch die Entscheidung viel Geld bekommen. Köln liegt zum Beispiel am Ende, mein eigenes Haus auch. Aber vielleicht gibt es eine Möglichkeit, innerhalb dieser fünf Jahre schon früher zu einer Annäherung zu kommen. Natürlich wird sich das im Laufe der vielen Jahre angleichen, aber bis 2022 wird es marginal sein. Das ist ein kleiner Wermutstropfen, aber den möchte ich nicht an die große Glocke hängen.

Den zweiten Punkt der Förderung finden wir auch sehr gut. Wir finden vor allem gut, dass er in der großen Breite geplant ist, es nicht vorgeschrieben wird, auf welchem Gebiet wir uns bewerben können. Wir finden es auch gut, dass es einen Wettbewerb geben soll und vor allem, dass damit im Gegensatz zur Projektförderung endlich mal eine Nachhaltigkeit mitgedacht wird. Was bringt es, wenn man eine Profilstärkung oder eine Profilförderung macht, die dann letztlich nicht nachhaltig sein kann? Das ist extrem wichtig.

In dem Zusammenhang sind wir sehr gespannt, wie eine entsprechende Jury aussehen wird. Wir würden uns sehr wünschen, wenn die etwas anders funktionieren würde als in den Förderungen in der Bundeskulturstiftung, damit es wirklich eine Breitenförderung wird und damit verschiedene Stimmen, verschiedene Theater, große wie kleine, zu Wort kommen.

Sowohl an den Landtag als auch an das Ministerium ganz herzlichen Dank.

Steffen Schrank (Sprecher Orchesterkonferenz NRW): Auch wir sind ausübende Künstlerinnen und Künstler und haben heute Abend um 20 Uhr ein Konzert. Bei den Schauspielerinnen und Schauspielern ist es etwas anders; die müssen vorher noch stundenlang in die Maske, was bei uns zum Glück nicht der Fall ist. Aber ein bisschen einspielen und umkleiden ist für uns auch ganz wichtig.

Ich möchte nicht lange und ausführlich sprechen. Viele Argumente, viele Tatsachen sind schon geschildert worden. Wir haben auch einen ausführlichen Bericht geschrieben, in dem sehr viele Details enthalten sind, die ich nicht im Einzelnen vortragen möchte. Natürlich begrüßen wir den Willen eines Aufwuchses, einer Erhöhung, ob es im Rahmen des Theater- und Orchesterpakts ist oder wie auch immer.

Als Musiker sind wir die Exoten in den Musiktheatern, im Theater. Wir haben sehr gute Tarifverträge. Bei uns werden Männer und Frauen auch gleich bezahlt. Wir haben auch Frauen in Führungspositionen. Es ist mehr oder weniger eine Gerechtigkeit. Von daher haben wir überhaupt nicht zu klagen. Ich muss Frau Jopt und Frau Wolff etwas beschämt in die Augen schauen, weil es bei uns besser aussieht.

Zu zwei Punkten möchte ich etwas sagen:

Der eine Punkt betrifft Fördermaßnahmen. Es ist gut, wenn es eine Basisförderung gibt. Basisförderung sollte auch aus Gründen der Planungssicherheit einen größeren Teil ausmachen. Es werden auch sehr viele Gastsolisten und sehr viele Dirigenten

verpflichtet – das beginnt schon drei, vier Jahre im Voraus –, wofür man eine finanzielle Sicherheit braucht, um die engagieren zu können.

Zweitens. Es werden sogenannte Zusatzaufgaben gefordert. Das sollte der kleinere Teil sein, doch nicht weniger wichtig. Weniger wichtig sollte es deshalb nicht sein, weil die Profilbildung und auch die gesellschaftliche Relevanz stärker werden und gefördert werden müssen. Hier warnen wir vor der „Projektitis“. Das Problem ist, man muss immer Anträge stellen, man versucht, ein bestimmtes tolles Projekt zu planen und muss es maßschneidern, muss so viel Manpower einsetzen, um das irgendwie zu formulieren, zum Beispiel „Antragslyrik“ zu schaffen, dass man dieses Geld dann bekommt.

Unsere Forderung ist: Wenn Zusatzaufgaben gefordert werden und die durch eine Jury abgeprüft werden müssen, dann sollte das möglichst unbürokratisch laufen. Es sollte möglichst einfache transparente Richtlinien geben, die nicht zu viel Arbeitskraft erfordern.

Ein Punkt ist, dass in der Jury oder in der Theater- und Orchesterkonferenz oder in anderen Gremien des Landes die ausübenden Künstlerinnen und Künstler tatsächlich mehr involviert sind. Da gibt es § 27 Kulturförderungsgesetz, der das ausdrücklich vorsieht. Wir haben jedoch den Eindruck, es ist meistens die Leitungsebene der Häuser, die eingeladen wird. Deswegen unsere Forderung: Laden Sie uns dazu ein, lassen Sie uns auch mitsprechen. Es muss nicht immer sein, aber es wäre schön, wenn wir unsere Nöte und unsere Ideen vielleicht vorbringen können.

Vorsitzender Oliver Keymis: Gibt es aus dem Kreis der Abgeordneten noch Fragen an die Sachverständigen?

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Meine Frage geht an Herrn Dr. Fischer. Sie können sicherlich in Ihren Ämtern, also in den Kulturämtern der Städte, etwas Unterstützung leisten für den zweiten Teil. Ich habe an zwei Stellen herausgehört und es auch in einer Stellungnahme gelesen, dass die Angst besteht, wenn ein Haus, das teilweise als eigenes Amt geführt wird, allein dasteht und allein beantragen muss, diesen Exzellenzanteil zu bekommen. Sehen Sie die Kulturämter generell in der Pflicht, das zu unterstützen? Ich selbst bin im Kulturausschuss und kann mir vorstellen, dass da eine Unterstützung gegeben wird. Wenn das unbürokratisch geht, wie Sie, Herr Schrank, das gerade gefordert haben, sollte es eigentlich eine einfache Sache werden, wenn Sie die richtige Unterstützung von Ihrer Stadt bekommen.

Andreas Bialas (SPD): Eine Vorbemerkung. Ich glaube, dass man nicht nur den Theater- und Orchesterpakt schafft – das ist auch ein historisches Faktum –, sondern ihn vor allen Dingen dynamisiert. Das ist jetzt ein neu geschaffenes historisches Faktum, was vollkommen richtig ist. Ich bin mir sicher, daran geht auch nichts zurück, also dieses Faktum wird auf jeden Fall aufrechterhalten werden müssen.

Die Grundförderung haben wir schon beschlossen. Jetzt geht es noch um die Diskussion der Profilbildungsmittel, also diese 10 Millionen €, inwieweit dort jetzt im Rahmen einer Exzellenz, eines Experiments oder einer – sage ich mal – ästhetischen Zielsetzung die Mittel eingebracht werden sollen. Man kann sagen: Wenn die Häuser in der

Grundfinanzierung erst einmal ihr Überleben in den nächsten Jahren sichern können, vielleicht an der einen oder anderen Stelle ein bisschen Luft haben, haben sie möglicherweise immer noch nicht genügend Geld, um gesellschaftspolitische Zielsetzungen umzusetzen, dass diese Mittel dafür nicht unwesentlich verwendet werden.

Ich muss durchaus gestehen, das haben wir viel zu wenig im Blick gehabt. Auch der Kulturrat hat gesagt, man müsse Künstlerinnen- und Künstlerförderung, aber auch insgesamt die Arbeits- und Lebensverhältnisse derer, die für uns etwas Wichtiges tun, stark in den Blick nehmen. Ich will es einmal prosaisch sagen: Ist es möglich, dass beispielsweise Geschlechtergerechtigkeit als Stück auf der Bühne aufgeführt, aber nicht im Ensemble gelebt wird? Frage: Wie vergeben wir das Geld; haben wir da die entsprechenden wissenschaftlichen Kenntnisse oder brauchen wir die an den verschiedenen Punkten?

Diese Frage geht an alle, und ich bitte um kurze Beantwortung.

Lorenz Deutsch (FDP): Ich starte mit einer Vormerkung. Die Logik, die mit diesem Aufwuchs verbunden ist – 6 Millionen € Basisförderung in diesem Jahr und schwerpunktmäßig Basisförderung in den nächsten Jahren kontinuierlich aufwachsen lassen –, ist mit einem Gedanken verbunden gewesen – den habe ich schon bei Herrn Fischer und bei Herrn Schmitz-Aufferbeck herausgehört –, das das Ganze auf einem Vertrauensverhältnis basiert, nämlich dass in den Häusern ein gutes Bewusstsein dafür herrscht, wo der Schuh drückt. Ich glaube, einen „drückenden Schuh“ haben wir heute schon deutlich herausgestellt. Das sind Personalfragen.

Wir haben uns bewusst dafür entschieden, und zwar nicht, um diesem „Projektitis-Problem“ Vorschub zu leisten, das in einem sehr allgemeinen Rahmen zur Verfügung zu stellen. Doch keine Vorgabe bedeutet nicht keine Erwartung. Es bedeutet, dass es in bestimmte Richtungen geht, nämlich in die gerade angesprochenen.

Vor dem Hintergrund möchte ich dazu einladen, uns ein Bild von den Stimmungen zu geben. Herr Schmitz-Aufferbeck, gibt es in Ihrem Kollegenkreis schon Überlegungen, Haltungen zu diesen Problemen? Sie haben eben gesagt, das werde in den Häusern schon so sein. Können Sie konkretisieren, wie die Diskussionen dort laufen? Wir haben eben schon über die Verhältnisse gesprochen. Die Kommunen sind bei den Tarifsteigerungen des Landes gewissermaßen in Vorlage gegangen. Wie ist das Bild in den Kommunen? Wird man dort Bewegung sehen jenseits der Aussage, wir geben jetzt nicht weniger, um Mitnahmeeffekte zu erzielen, sondern wir sind tatsächlich bereit, in Sachen Tarifsteigerungen vielleicht mitzugehen?

Vorsitzender Oliver Keymis: Herr Dr. Fischer wird zunächst die Frage von Frau Walger-Demolsky beantworten.

Gert Fischer (Dezernat für Bildung, Kultur und Sport Mönchengladbach): Die allermeisten Theater brauchen, wenn es um Projektförderung geht, überhaupt keine Hilfe. Sogar die „Kleinen“ sind immer noch Einheiten mit einigen hundert Leuten, die dort hochprofessionell arbeiten. Wenn es wirklich mal klemmt, stehen die Kommunen

zur Verfügung, aber an der Stelle sind die Theater und Orchester viel leistungsstärker als die Kommunen. Deshalb ahne ich, das wird nicht nötig sein.

Ich habe die Ministerin auch so verstanden, dass sie gesagt hat, sie wolle keine „Projektitis“ und man dürfe nicht so einen Quatsch machen wie die Anträge aus Brüssel, wo man ein halbes Jahr arbeiten muss, um vielleicht 10.000 € „abzugreifen“, sondern das solle schon geschmeidig sein. Da habe ich ein Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Orchester und Theater.

Vorsitzender Oliver Keymis: Herr Dr. Fischer, vielleicht noch zur Frage von Herrn Bialas.

Gert Fischer (Dezernat für Bildung, Kultur und Sport Mönchengladbach): Ich habe in meinen einführenden Worten schon gesagt, es ist schwierig, den Theatern und Orchestern allein gesamtpolitische Zielsetzungen ans Bein zu binden. Die Theater und Orchester sind so wach; die kennen diese Aufgabenstellung, und es niemand dabei, der die blockiert. Wenn sie einigermaßen Ellbogenfreiheit haben, dann werden sie in diese Richtung gehen, und man kann diesen Prozess durch Instrumente wie Theaterkonferenz oder Tagungen begleiten. Ich glaube nicht, dass man den nordrhein-westfälischen Theatern und Orchestern sagen muss, wie die gesellschaftlichen Entwicklungen im Moment sind und welche positiven Wege es gibt. Das Land kann Anregungen geben. Doch ich glaube nicht, dass man Ziele vorgeben sollte, sondern man muss Spielräume schaffen, in denen sie handeln können.

Was die Kommunen anbelangt und die Bereitschaft, mehr Geld zu geben. Das ist teuflisch; denn in fast jeder der betroffenen 18 Kommunen ist es anders, wie sie damit umgehen, wenn alle Jahre wieder die Tarifverträge angepasst werden müssen. Wir können stundenlang darüber reden, doch ich ahne, es gibt 18 verschiedene Lösungen. Sogar diejenigen, die auf dem Zettel haben, man übernehme es sowieso, zerreißen den Zettel, wenn dann der „falsche Tarifvertrag“ kommt.

Ich glaube, man kann das nicht eindeutig sagen. Ich erkenne sehr wohl, dass mit Ausnahme von vielleicht zwei Städten wirklich der Wille vorhanden ist, Theater und Orchester in jetzigem Umfang zu erhalten, aber es muss die Möglichkeit geben. Wir waren auch einmal kurz vor dem Ende. Sie können wollen, so viel Sie wollen. Wenn am Ende die Kommunalaufsicht sie erschlägt, dann gehen sie den Theatern und Orchestern „an die Wäsche“. Deshalb habe ich eben gesagt, dass Kommunalaufsicht ein wichtiges Thema sei. Aber der Wille ist in den meisten Räten vorhanden, und da, wo er nicht vorhanden ist, muss man die Karte auch politisch spielen.

Ich möchte Ihnen beschreiben, wie individuell die Lösungen manchmal sind. Ich muss jetzt nicht unser Modell vorstellen, welches wir mit Krefeld zusammen haben. Wir machen Fünf-Jahres-Zeiträume, geben dem Theater unter einer Annahme, dass das Land soundso viel gibt und die Tarifversorgungen soundso viel nach oben gehen, für fünf Jahre das Geld und sagen, sie sollen uns jetzt fünf Jahre in Ruhe lassen. Das hat einmal super und einmal mit Ach und Krach funktioniert. Jetzt rettet das frische Geld die Theater. Wir haben jetzt eine Planung bis 2025. Weil man ahnen konnte, was passiert, haben wir eine wachsende Landesförderung eingeplant, und dann bekommt Grosse das schon hin. Fast jede Stadt hat ein anderes Modell, und die meisten sind

gutwillig, sie sind jedoch auch manchmal in Sachzwängen, die sehr brutal sein können. Sie kommen aus einer Kommune; Sie kennen das.

Vorsitzender Oliver Keymis: Aber in Köln gibt es keine Brutalität und keine Sachzwänge. – Intendant Grosse war genannt aus dem Theater Krefeld Mönchengladbach.

Robert Kuth (Geschäftsführender Direktor Deutscher Bühnenverein): Herr Bialas, ich möchte Ihre Frage bezüglich Ungleichbehandlung bei der Bezahlung von Männern und Frauen aufgreifen. An sich hat dazu Herr Fischer schon die Antwort geben.

Erst einmal weigere ich mich zu sagen, alle müssten das gleiche Geld bekommen. Wir sind im Theater nicht in einer Demokratie. Zuerst hat der Intendant das Entscheidungsrecht. Jetzt greifen wir einmal den Fall auf, alle Männer bekommen über 3.500 € und alle Frauen bekommen unter 3.000 €. Dann spricht der erste Anschein sicherlich dafür, dass der Intendant ein Problem hat, mit sich selbst oder vielleicht mit Frauen. In Wuppertal müsste sich Herr Scharwächter den Intendanten mal fragen, was jetzt Sache ist. In Krefeld Mönchengladbach ist Herr Fischer gefordert, dem Intendanten zu sagen: Hier sind die Zahlen; erklären Sie mal. Dann bekommt der Intendant die Anweisung, und befolgt er sie nicht, ist es seine letzte Amtszeit.

Reinhard Knoll (Kulturrat NRW): Ich denke, man sollte möglichst wenig Top-down machen; die Kompetenz sitzt vor Ort. Wenn es um Profil, um Wahrnehmung geht, darum, welche Besonderheiten man entwickeln kann, etwas, was tatsächlich nicht ins Inhaltliche eingreift, sondern nur auf der Meta-Ebene vielleicht nur beispielhaft und nicht erschöpfend beschreibt, was denkbar wäre, und es dann ein gutes Auswahlverfahren, eine Intransparenz bei der Jury gibt, auch eine Mitbestimmungsmöglichkeit, wer die Jury ist, reicht das aus meiner Sicht. Mehr würde ich den Theatern und Orchestern tatsächlich nicht vorgeben. Denn es kann vor Ort sehr unterschiedlich sein.

Ich nenne nur einmal das harmlose Stichwort: Wie kann man die Wahrnehmung weiterentwickeln? Das kann in einer Großstadt, wo irgendein Ensemble ein Stein von vielen Steinen ist, völlig anders aussehen als in einem ländlich geprägten Raum. Das werden die sich im Einzelfall dann schon sehr gut überlegen. Ich bekomme im Kulturrat häufig diese kritischen Diskussionen mit, was passiert, wenn man einseitige inhaltliche Festlegungen festschreibt und dann über Jahre hinweg der Zug nur noch in eine Richtung fährt. Das wird viel mehr kritisiert.

Michael Schmitz-Aufferbeck (Generalintendant des Theaters Aachen und Sprecher der Ständigen Konferenz der Intendanten in NRW): Ich muss ehrlich sagen, wir sind froh, dass die Basisförderung jetzt nicht an irgendwelche bestimmte spezielle Forderungen gebunden ist. Ich sage es für den Bereich Theater. Pädagogik oder Vermittlung ist ein besserer Begriff. Es betrifft nicht nur Kinder, sondern es betrifft Erwachsene, möglichst viele Teile der Gesellschaft. Es hat sich im Laufe der Flüchtlingskrise gezeigt, wie viele Menschen in diesen Bereich von Vermittlung und Partizipation gehören. Ich glaube, man muss die Theater dazu nicht zwingen, sondern Theater wissen, was da passiert. Wenn die Theater nicht an gesellschaftlichen Prozessen interessiert

wären und sich nicht darauf beziehen wollten, dann sind die Intendanten und überhaupt die Menschen, die für das Theater arbeiten, fehl am Platz. Es gibt ein großes Interesse, die Zeit, in der wir leben, nicht nur auf der Bühne, sondern auch in unserem Handeln zu reflektieren und praktisch umzusetzen.

Was die Geschlechtergerechtigkeit angeht, kann ich nicht ohne Weiteres für alle reden. Ich würde lügen, wenn ich für alle Häuser Zahlen habe. Aber ich glaube, dass spätestens mit der MeToo-Debatte bei allen angekommen ist, dass sie darauf achten müssen, dass eine Geschlechtergerechtigkeit eine größere Rolle spielt. Das betrifft nicht nur die Löhne, es betrifft überhaupt die Zahl von Menschen aus den verschiedenen Geschlechtern, die am Haus arbeiten. Es stimmt, es ist immer noch ein großer Männerüberhang. Es gibt viel mehr Regisseure als Regisseurinnen. Bei den Bühnenbildnern wendet es sich langsam, weil an den Hochschulen kaum noch Bühnenbildner, sondern fast nur noch Bühnenbildnerinnen studieren. Das hat auch einen Grund – da sind wir wieder bei den Löhnen –, nämlich dass viele Männer aus diesen Berufen aussteigen, weil sie nach ihrem geschlechtsspezifischen Bild nicht mehr glauben, damit „überleben“ zu können.

Bei den Sängern haben wir ein ähnliches Problem, nämlich dass immer mehr männliche Sänger aus dem Ausland kommen und sich immer weniger Sänger aus dem eigenen Land ausbilden lassen. Über dieses Problem müsste man einmal nachdenken. Das hat sehr viel mit Löhnen und Lohngerechtigkeit bezüglich zu tun. Ein Orchester ist da durch den starken Tarifvertrag geschützt. Nicht alles, was im Orchestertarifvertrag steht, müsste man umsetzen – es sind auch verschiedene Tätigkeiten –, aber man müsste, was die Löhne angeht, relativ schnell zu einer Angleichung kommen.

Ich finde, hier ist durchaus noch einiges zu tun, aber es passiert auch einiges. Ich kenne keinen Kollegen, der sich, was die Gehaltshöhe angeht, momentan nicht intensive Gedanken macht. Ich weiß von vielen Kollegen, dass man versucht, keinen Mindestlohn – auch jetzt nach der Erhöhung auf 2.000 € – zu zahlen, sondern zumindest symbolisch darüber zu liegen. Das ist für das eine oder andere Haus verschieden schwierig.

Es sind nicht unbedingt die kleinen Häuser, die die geringsten Löhne zahlen – das ist vielleicht ein Vorurteil –, sondern da ist oft das Bewusstsein dafür – man sieht es an Oberhausen –, was wir von den Menschen verlangen, die zu uns kommen, sehr viel größer, weil der Kontakt bei den kleinen Häusern zu den Künstlern vielleicht sehr viel intensiver ist und die Spreizung bei den Löhnen bei Weitem nicht so groß ist. Wir haben nicht nur Leute, die im prekären Bereich arbeiten. Doch für die Anfänger ist es absolut richtig, was die Kollegin vorhin gesagt hat. Mit 2.000 € bis 2.200 € brutto auszukommen, ist extrem schwer. Wir haben jede Spielzeit jede Menge Gespräche, um Härtefälle von Menschen zu lösen, die schon mit Frau und Kind kommen. Es ist sehr schwierig, aber wir arbeiten daran, und das tut auch eine Reihe von Kollegen.

Reinhard Knoll (Kulturrat NRW): Du hattest das Stichwort Bühnenbilder und Kostümbilder genannt. Richtig ist, dass die von den Theatern auch nicht mehr gut bezahlt werden können. Ich möchte anmerken, hier handelt es sich nicht um Arbeitnehmer des Theaters, sondern das sind freie Mitarbeiter, die einen Werkvertrag haben. Das sollte vielleicht ergänzt werden.

Vorsitzender Oliver Keymis: Das gilt für Regisseurinnen und Regisseure auch.

Steffen Schrank (Sprecher Orchesterkonferenz NRW): Kurz noch etwas von der Seite der ausübenden Künstlerinnen und Künstler. Wir hoffen natürlich, dass wir die Freiheit haben, Ideen zu verwirklichen und keine strengen Vorgaben zu haben. Wir sind wirklich an unserem Publikum dran, wir sind an den Jugendlichen dran, wir sind auch in den Schulen. Wir sind wirklich mitten im Leben und haben einen guten Draht und auch einen guten Riecher, um die Sachen zu verwirklichen, die notwendig sind. Deswegen vielleicht möglichst wenige Vorgaben von politischer Seite.

Anders sieht es bei strukturellen Dingen aus, also bei Situationen, die nicht mit dem künstlerischen Bereich zu tun haben, beispielsweise die Vereinbarkeit von Familie und dem Künstlerberuf. Das wäre es ganz wichtig, dass man strukturell noch nachhelfen könnte. Frau Jopt hat es gesagt. Wenn man alleinerziehend ist oder beide Elternteile im Orchester oder Schauspieler sind und abends Vorstellung haben, gibt es für abends keine Kita. Diese Dinge sind strukturell wichtig. Viele Leute, die im Musikvermittlungsbereich tätig sind, also kulturelle Bildung mit uns zusammen machen, sind zum Teil sehr prekär bezahlt. Das sind junge Frauen, die gerade ihr Studium gemacht haben und in Teilzeit arbeiten und davon auch nicht leben können. Unsere Bitte ist, von der strukturellen Seite her nachzuhelfen.

Andreas Bialas (SPD): Ich glaube, da haben wir uns falsch verstanden. Ich habe nicht gesagt, für diese gesellschaftspolitischen Ziele muss es jetzt eine zwingende Vorgabe geben. Es geht darum, ob, wenn diese Mittel da sind, dafür das Geld angefordert werden kann, also ob es dazu dienen kann, in der Profilbildung nicht nur ästhetische Dinge, sondern auch gesellschaftspolitische Zielsetzungen wie zuletzt Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenfalls abgerufen werden können. Ich glaube, da sind wir einer Meinung. – Okay, das war mir wichtig.

Reinhard Knoll (Kulturrat NRW): Große Sympathie für die Übereinstimmung. Ich würde das aber nicht ausschließlich machen, siehe Flüchtlinge. Es gibt manchmal Zusätzlichkeit. Ich würde nicht von vornherein ausschließen, dass so etwas aus dem Etat bezahlt werden muss, sondern man muss es so gestalten, dass noch ein Aufwuchs denkbar wäre.

Michael Schmitz-Aufferbeck (Generalintendant des Theaters Aachen und Sprecher der Ständigen Konferenz der Intendanten in NRW): Ich habe eine Bitte. Es gab in der letzten Legislaturperiode aufgrund unserer Bitte ein Gespräch mit der damaligen Schulministerin, Frau Löhrmann. Wir würden uns wünschen, dass wir auch mit der Bildungspolitik ins Gespräch kommen könnten. Es könnte um Geld gehen, aber es ginge vor allem darum, an Curricula und ähnlichen Dingen beteiligt zu werden und wie Theaterbesuche für Schulen aussehen. Denn was das angeht, haben vor allem durch G8 die Theater wie wahrscheinlich auch die Orchester in den letzten Jahren extrem gelitten.

Andrea Stullich (CDU): Wir bedanken uns von unserer Seite für den Input, den Sie geliefert haben. Wir nehmen einiges mit. Danke, dass Sie so ausführlich geantwortet haben. Danke auch dafür, dass wir in den mündlichen und auch schriftlichen Stellungnahmen viel Lob bekommen haben für das, was wir vorhaben. Es wurde vorhin die Befürchtung geäußert, dass es nach 2022 schon wieder vorbei sei. Ich kann versprechen, wir werden alles tun, dass das nicht passiert.

Vorsitzender Oliver Keymis: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Noch einmal herzlichen Dank an die Expertinnen und Experten.

Am 6. September 2018 werden wir eine Auswertung der Anhörung vornehmen. Danach kommen wir zu diesem Thema noch einmal zusammen.

gez. Oliver Keymis
Vorsitzender

Anlage

02.07.2018/03.07.2018

160

Anhörung von Sachverständigen

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien

"Theater- und Orchesterpakt erneuern - Landesregierung soll Vielfalt der Theater- und Orchesterlandschaft in Nordrhein-Westfalen sicherstellen"

Anhörung des Ausschusses für Kultur und Medien am 7. Juni 2018

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1992

am Donnerstag, dem 07.06.2018

16.00 Uhr, Raum E 3 D 01

Tableau

eingeladen	Redner/in Weitere Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Orchester Konferenz NRW Sprecher Tonderner Straße 11 c 44789 Bochum	Steffen Schrank Annelie Haenisch-Göller Lisa Erchinger	17/643
Ständige Konferenz der Theaterintendanten NRW Stadttheater und Musikdirektion Aachen Eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Generalintendant des Theater Aachen Michael Schmitz-Aufferbeck Stadt Aachen	Michael Schmitz-Aufferbeck	17/659
Kulturrat NRW Vorsitzender Gerhart Baum Köln	Reinhard Knoll	Keine
Städtetag Nordrhein-Westfalen vertreten durch Helmut Dedy Köln	Klaus Hebborn	17/653
Deutscher Bühnenverein Marc Grandmontagne Geschäftsführender Direktor Köln	Robert Kuth	Keine
Dr. Gert Fischer Beigeordneter Stadt Mönchengladbach Dezernat für Bildung, Kultur und Sport Mönchengladbach	Dr. Gert Fischer	Keine
Lisa Jopt Bochum	Lisa Jopt	Keine
Jutta Wolff Wuppertal	Jutta Wolff	Keine